

**Appell eines besorgten Bürgers zu den Vorschlägen der
Verwaltung, das Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept
2015 betreffend,
im Besonderen die Maßnahmen bezogen auf das Dezernate 5**

an

die Stadträte von Chemnitz

von

Leif Wetzel-Dresch

Sehr geehrte Stadträte,

mit Entsetzen nahm ich die Vorschläge der Verwaltung zum EKKO 2015 zur Kenntnis. Einen positiven Ansatz, wie der Name suggerieren soll, konnte ich leider nicht erkennen. Ich fordere Sie, die politischen Entscheidungsträger, unserer Stadt auf, sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu stellen.

Ich, der Souverän, habe die Pflicht zu erwarten, dass eine Verwaltung das tut, zu was diese da ist: verwalten

Ich, der Souverän, habe die Pflicht zu erwarten, dass die gewählten Volksvertreter das tun, zu was sie da sind: gestalten

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Verwaltung zur Gestaltung wurde.

Es drängt sich hin und wieder der Verdacht auf, dass sich die politisch Handelnden die Macht zur Entscheidung aus der Hand haben nehmen lassen?

Der Ansatz, wie die einzusparenden Summen aufgebracht werden sollen, erscheint mir als grundsätzlich fragwürdig und **gesellschaftszerstörend**.

Es scheint, als wären in wirtschaftlich guten Zeiten, in denen das Füllhorn gespeist aus Steuermitteln, Abgaben und Zuwendungen des Landes nie zu versiegen schien, Verträge geschlossen wurden, die eines augenscheinlich nicht enthielten: Eine Ausstiegsklausel? So scheinen wir heute gezwungen zu sein, verpflichtende Investitionen zu tätigen für die die finanziellen Möglichkeiten nicht mehr vorhanden sind.

Dem Generationenvertrag liegt leider nur eine moralische Verpflichtung zu Grunde. Der Bruch bestimmter Regeln wird vorerst nicht geahndet. Die Rechnung dafür wird später ausgestellt. Zu einem Zeitpunkt, liebe Stadträte, an dem Sie wahrscheinlich nicht mehr persönlich zur Verantwortung gezogen werden können.

Die zentrale Frage ist doch: *Wohin will Chemnitz?*

Darauf sollten wir uns zuerst einigen. In einer Stadt wohnen Menschen! Um diese sollte es gehen und natürlich um die schutzbedürftigen zuallererst – um unsere Kinder. Wenn wir uns *darauf* geeinigt haben, dann sollten alle Entscheidungen darauf ausgerichtet werden – an diesem großen Ziel.

Unter dieser Vorgabe hätte man den einzelnen Dezernaten eine Sparquote auf Prozentbasis vorschreiben können. - Sicher.

Ausgenommen jedoch das Dezernat 5. Denn die Aufgaben des Dezernates 5 sind direkt auf Menschen bezogen. Natürlich sollte man ständig und immer alle Prozesse prüfen und optimieren. Auch und gerade hier.

Ein Vorschreiben der Höhe der einzusparenden Summen im Dezernat 5 hat zur Folge, dass hier Grenzen überschritten werden, die nicht überschritten werden sollten. Es geht um Menschen und den Generationenvertrag.

Standpunkte den jeweiligen Vorhaben:

1. Dezernat: 5

Maßnahmenummer(Amt/Nr.): 51/01

Amt: 51

Maßnahmebezeichnung:

Abbau von kommunal betriebenen Küchen in Kindertageseinrichtungen.....

Kurzbeschreibung:

I. Abgabe der kommunal betriebenen Küchen an private Anbieter

Vorschlag zum Verfahren:

· Bekenntnis zur selbst kochenden Kita

Die Verwaltung möge angewiesen werden, die Arbeit am Prozess der Ausgliederung, obwohl es dazu noch keinen neuen Stadtratsbeschluss gibt, sofort auszusetzen.

Hierbei wird auf das Kooperationspapier mit dem StER, welches die rechtzeitige Einbindung der Eltern und Ihrer Gremien fordert, verwiesen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sehr konkrete Pläne für die jeweiligen auszugliedernden Küchen bereits jetzt gibt.

- die Stadträte einigen sich darauf, die „Qualitätsstandards für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder“, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung .e.V., Stand 2009, und gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, in Chemnitz als verbindlich in die Leistungsbeschreibung für Essensanbieter aufzunehmen
- Festschreiben dieser in der Kita-Satzung
- Umsetzung in den Kitas, ob kommunale Küche oder privater Betreiber bleibt an dieser Stelle unberührt
- Kontrolle der Einhaltung o.g. Standards an Hand der vorliegenden Checkliste durch ein Gremium, z. B. bestehend aus Eltern, Verwaltung, Gesundheitsamt

Erläuterungen:

Die Verpflegung unserer Kinder sollte frisch, gesund und lecker sein. Eine Grundvoraussetzung dafür ist natürlich die Zubereitung vor Ort.

Auch die Geschmacksbildung ist eine Bildung.

Der Einfluss auf die Qualität durch Kontrolle der Verpflegung ist natürlich aufgrund der kurzen Wege in einer selbst kochenden Einrichtung besser möglich. An dieser Stelle sind natürlich gerade die Eltern gefordert, als Empfänger einer Dienstleistung für ihre Kinder.

2. Dezernat: 5

Maßnahmenummer(Amt/Nr.): 51/01

Amt: 51

Maßnahmebezeichnung:

Abbau von kommunal betriebenen Küchen in Kindertageseinrichtungen.....

Kurzbeschreibung.

I.

II. Wegfall der Subventionierung der Verpflegung.....

Vorschlag zum Verfahren:

- Erhalt der Subventionierung
- Prüfung der Möglichkeit einer einkommensabhängigen Erhebung der Beiträge
siehe Anlage

Erläuterung:

Man sollte generell die Möglichkeit prüfen, dem sächsischen Landtag den Vorschlag zur kostenfreien Essensversorgung im Bildungssystem zu unterbreiten. Die Finanzierung erfolgt somit aus dem Steueraufkommen aller.

Solange es finanziell schlechter gestellte Eltern gibt, ist eine gewisse Subventionierung beizubehalten. Zwingend!!!!

Es hat den Eindruck, als würde die Verwaltung hier bewusst ein Chaos anrichten wollen? Soll Streit in der Chemnitzer Elternschaft provoziert werden? Wollen Sie das, geehrte Stadträte?

Jedes Kind hat das Recht auf eine Essensversorgung nach Punkt 1/Qualitätsstandards.

Allumfassend ist es nicht möglich auf die Folgen dieses Vorschlages einzugehen. Ich habe den Eindruck, dass sich die Verwaltung wieder nicht an die im Kooperationspapier mit dem StER festgehaltenen Mitspracherechte der Eltern hält.

3. Dezernat: 5

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 51/04

Amt : 51

Maßnahmebezeichnung:

Reduzierung der maximale Betreuungszeit von täglich 7,5h auf 6,0 h für Krippen- und Kindergartenkinder.....

Vorschlag zum Verfahren

- Freier Zugang aller Kinder zu Chemnitzer Kitas im Zeitraum von mindestens 9 Stunden.

Erläuterung:

Sehr geehrte Stadträte, wie definieren Sie den Begriff: Bildung?

Die Kindertagesstätten sind keine Aufbewahrungsstationen, wie ein Stellplatz für ein Fahrzeug in einer Tiefgarage, sondern moderne Bildungseinrichtungen (laut Kultusminister). Gleichzusetzen mit einer anderen Art der Schulform, bei der es einfach noch keine Pflicht gibt.

Es kann hier leider nicht auf alle Begründungen für den freien Zugang eingegangen werden.

Die Stadträte sollten sich bei ihrer Entscheidung am großen Ziel, siehe Vorwort, orientieren.

Die Stadträte sollten sich bei allen Argumenten gegen einen freien Zugang immer im Klaren sein: Hier geht es **nicht** um die Eltern. Hier geht es um die Kinder.

Die Stadträte sollten sich fragen: Gibt es pädagogische Begründungen für die willkürliche Verkürzung der Spiel- und Lernzeit auf 6 h? Warum nicht gleich auf 4h?

4. Dezernat: 5

Maßnahmenummer(Amt/Nr.): 51/11

Amt: 51

Maßnahmebezeichnung:

Harmonisierung und Bedarfsanpassung der Stellenkapazitäten

auch bezeichnet als:

Stärkung der Stellung der Kinderbeauftragten

Vorschlag zum Verfahren:

- Orientierung am Ziel der Stadt Chemnitz eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu werden
- Schaffung weiterer Vollzeitstellen mit diesem Aufgabengebiet, nach einer noch durchzuführenden Bedarfserhebung
(Das kostet Geld. Wir haben uns diese Suppe in 20 Jahren eingebrockt, und müssen sie auch auslöffeln).

Erläuterung:

In Anbetracht der selbst verschuldeten Probleme durch die gesamte Gesellschaft im Bereich Kinder und Familie offenbart dieser Vorschlag der Verwaltung die zynische Denkweise bestimmter Mitarbeiter. Das dokumentiert man dann auch noch ganz unverhohlen unter der Überschrift: „Stärkung der Stellung der Kinderbeauftragten“.

Sehr geehrte Stadträte, mit Verlaub, hier werden Grenzen überschritten.

Sollten an dieser Stelle, an der sich das gesellschaftszerstörende Denken einiger Mitarbeiter Bahn bricht, nicht auch einmal personelle Konsequenzen in Betracht gezogen werden?

5. Dezernat: 5

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 51/04

Amt : 51

Maßnahmebezeichnung:

Schließung des Hauses der Familie

Vorschlag zum Verfahren:

- Erhalt des Hauses der Familie als komplexe Struktur
- Überprüfung der Angebote/Einnahmen
- Optimierung der Kosten- und Ausgabestruktur
- Umzug des Hauses der Familie als Ganzes in ein Objekt in der Nähe, um ggf. die Immobilie verwertbar zu machen??

Erläuterung:

Auch hier sollte man mit Vorsicht und Bedacht zu Werke gehen. Es werden bei der kompletten Schließung Strukturen zerschlagen, die sich über Jahre aufgebaut haben und die dringend benötigt werden. Da wird nicht nur ein Schlüssel im Schloss herumgedreht. Dem Hang der Verwaltung zu Studien und Erhebungen könnte man an dieser Stelle freien Lauf lassen. Sollte sich, nach einer öffentlich zu machenden Bedarfsanalyse, eben dieser nicht aufzeigen, könnte man dem Ansinnen der Schließung ggf. folgen.

Nachwort:

Sehr geehrte Stadträte,

denken bestimmt das Handeln. siehe „Stärkung der Stellung der Familienbeauftragten“

Regelmäßig wird von „sozial Benachteiligten“ oder vom „sozialen Status der Eltern“ gesprochen, siehe EKKO/ Maßnahmen (Amtnummer: 51/04 Darstellung der Maßnahme Zeile 2

Was ist damit gemeint? Was bedeutet sozialer Status? Gemeint sind doch sicher Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Was hat die finanzielle Situation mit sozialem Status zu tun?

Soziales, Unsoziales oder gar asoziales Verhalten ist nicht zwangsläufig auf die Höhe des Einkommens abzustellen. Das Verhalten der Investmentbanken könnte man als asozial bezeichnen. Die direkten Folgen sehen wir nun im EKKO 2015. Einer ersten Sparrunde?

Die Pflicht dieser Gesellschaft besteht darin, es jedem Mitglied durch entsprechend bezahlte Tätigkeitsangebote zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Eine Grundlage der sozialen Marktwirtschaft.

Da wir dazu jedoch nicht in der Lage oder Willens zu sein scheinen, haben wir die Konsequenzen zu ziehen und zu tragen:

Investitionen in Menschen.

Die Zeit der ausufernden Investitionen in materielle Dinge ist Geschichte!

Ich bitte zur weiteren Vertiefung und zur gegenseitigen Meinungsbildung um kurzfristige Gesprächsangebote.

Leif Wetzel-Dresch
Ein besorgter Bürger

August 2010